K4

Kapitel

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018 in Hirschaid

Initiator*innen: Landesvorstand und Landesausschuss (beschlossen am: 17.03.2018)

Titel: **Bayern und die Welt - Zusammenhalt macht stark**

4. Bayern und die Welt - Zusammenhalt macht stark

4.1 Integration voranbringen

Wir GRÜNEN verstehen Vielfalt als eine Bereicherung und betonen gleichzeitig, dass Toleranz, Respekt, Anerkennung und Gleichberechtigung von verschiedenen Kulturen, Lebensweisen und Religionen ein gemeinsames Fundament brauchen.

Fast alle Menschen, die zu uns kommen, wollen Teil unserer Gesellschaft werden und sich integrieren. Sie wollen etwas leisten, zum gemeinsamen Wohlstand beitragen und sich einbringen. Diese Bereitschaft greifen wir auf und sorgen dafür, dass Integration gelingt. Dafür brauchen Geflüchtete und neu zugewanderte Menschen **von Anfang an Zugang** zu Sprachkursen, Schulen, Ausbildung und Arbeitsmarkt, einer umfassenden Gesundheitsversorgung und Wohnungen.

Deutsch lernen ist die Basis für eine erfolgreiche Integration. Deshalb werden wir das Angebot an **Sprach- und Integrationskursen** flächendeckend ausweiten und **Frauen und Kinder** gezielt fördern. Besonders in ländlichen Gebieten fehlt hierzu häufig die Infrastruktur. Wir werden die kursbegleitende Kinderbetreuung ausbauen und Schulen und Kitas bei ihrer Integrationsaufgabe besser unterstützen. **Alle Kinder haben ein Recht auf Bildung**, unabhängig vom Aufenthaltsstatus ihrer Eltern. Das Menschenrecht auf Bildung gilt für uns

deshalb ab dem ersten Tag - auch für alle Kinder in Aufnahme- und Rückkehrzentren.

Die beste Zukunftsperspektive für junge Menschen in Bayern bietet eine solide **Berufsausbildung** und die Möglichkeit zu arbeiten. Alle Arbeits- und Ausbildungsverbote sollen entfallen. Gemeinsam mit Unternehmer*innen, die händeringend nach Auszubildenden suchen, setzen wir uns dafür ein, dass diejenigen jungen Geflüchteten, die einen Ausbildungsplatz haben, einen **sicheren Aufenthaltsstatus** bekommen und sich nach Abschluss der Ausbildung eine Anschlussbeschäftigung suchen können (sogenanntes **3+2-Modell**). Die Verfahren zur **Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen** werden wir verbessern und Weiterbildungsmöglichkeiten erleichtern.

Die Integrationsleistung vieler bayerischer Kommunen und Unternehmer*innen sowie ganz besonders die großartige Hilfsbereitschaft tausender ehrenamtlicher Helfer*innen tragen bis heute entscheidend zur Integration der Geflüchteten bei. Doch für uns ist auch klar: Sie müssen entlastet und **staatliche Strukturen zur Integration ausgebaut werden**.

Menschenwürdig leben

Wir wollen sicherstellen, dass alle Geflüchteten menschenwürdig hier leben können. Dazu gehört neben einer **guten Unterbringung** auch eine angemessene medizinische Versorgung. Wir werden eine **elektronische Gesundheitskarte** für Geflüchtete einführen, die ihnen einen besseren Zugang zu Gesundheitsleistungen bietet und den kommunalen Verwaltungsaufwand senkt.

Spezielle Angebote für traumatisierte Menschen sind besonders wichtig. Die Bedürfnisse **besonders schutzbedürftiger Geflüchteter** wie von Minderjährigen, Schwangeren, LSBTIQ*, allein angekommenen Frauen, Kranken und Traumatisierten müssen berücksichtigt werden. Der besonderen Situation geflüchteter Frauen werden wir Rechnung tragen. Sie sind oder waren oft Opfer von Gewalt. Wir werden sicherstellen, dass in allen Unterkünften frauenspezifische Belange berücksichtigt werden. In den Flüchtlingsunterkünften setzen wir uns für kultursensible Fortbildungen für Betreuer*innen und das ärztliche Personal ein.

Niemand soll länger als drei Monate in der Erstaufnahme bleiben. **Dezentrale Unterbringung** ist für eine gelingende Integration entscheidend. Deshalb werden wir sie wieder einführen.

Von zentraler Bedeutung ist für uns der **geregelte Familiennachzug**, denn Familien gehören zusammen und sind eine wesentliche Voraussetzung für gelingende Integration.

Faire Asylverfahren von Anfang bis Ende

Asylverfahren müssen für alle Antragsstellenden fair sein. **Unabhängige Verfahrensberatung** und rechtliche Unterstützung müssen gewährleistet werden. Nächtliche Abschiebungen, Abschiebungen aus Schulen und die Praxis der Abschiebehaft lehnen wir entschieden ab. Wir bayerischen GRÜNEN stehen für eine **rechtsstaatlich faire** und humanitär verantwortliche Flüchtlingspolitik. Wir setzen uns auch weiterhin entschieden für einen **Abschiebestopp nach Afghanistan** und in andere Kriegs- und Krisenländer ein und fordern den Bund auf, die Voraussetzungen für ein Ende der derzeitigen inhumanen Abschiebepraxis zu schaffen.

Mit Sorge sehen wir, dass in Bayern immer mehr Flüchtlingsgruppen in Rückführungs- oder Transferzentren ihr Asylverfahren ohne ausreichende Rechtsberatung durchlaufen müssen. Wir wollen **keine Transit-, Transfer- oder Ausreisezentren** und lehnen getrennte Unterbringung nach Bleibeperspektive ab.

Wir achten das **Kirchenasyl**.

Fluchtursachen bekämpfen – nicht Geflüchtete

Weltweit sind mehr als 65 Millionen Menschen auf der Flucht – so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Angesichts von Kriegen, Klimawandel, Umweltzerstörung und Armut ist die **Bekämpfung der Fluchtursachen** eine immense Herausforderung für die internationale Politik. Bayern wird seiner besonderen politischen Verantwortung als größter Waffenschmiede Deutschlands bisher in keiner Weise gerecht. **Rüstungsexporte in Krisengebiete müssen tabu sein**. Vielmehr sind partnerschaftliche wirtschaftliche Kooperationen mit Regionen in Krisengebieten und eine weitsichtige Entwicklungspolitik von wechselseitigem Interesse. **Konkrete und breit aufgestellte Entwicklungspartnerschaften** ermöglichen langfristige Kooperationen von Wirtschaft, Kommunen, Hochschulen, Kirchen und Zivilgesellschaft.

Mittelfristig werden dennoch auch weiterhin zahlreiche Geflüchtete weltweit, zum Teil auch bei uns Schutz suchen. Wir setzen uns dafür ein, dass eine **gemeinsame europäische Flucht- und Asylpolitik** für sichere und legale Fluchtwege und eine solidarische Aufnahme der Länder sorgt.

Bayern ist Einwanderungsland

Bayern hat kulturell und volkswirtschaftlich immer von Zuwanderung profitiert. Auch heute hat Bayern einen hohen Bedarf an Zuwanderung. Deshalb wollen wir GRÜNEN ein **modernes Einwanderungsgesetz** auf Bundesebene. Damit schaffen wir

transparente Zuwanderungsmöglichkeiten und beenden das Ausspielen von Einwanderungspolitik gegen das Gebot des Flüchtlingsschutzes. Ein Wechsel vom Asylverfahren in die Arbeitsmigration muss möglich sein.

Wir wollen, dass Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in allen Lebensbereichen echte Chancengleichheit haben und diskriminierungsfrei teilhaben können. Wege dahin sind die **interkulturelle Ausrichtung** und mehr **Mitarbeiter*innen mit Migrationshintergrund** in der öffentlichen Verwaltung und in sozialen Einrichtungen. Politische Teilhabe von Migrant*innen wollen wir stärken. Wir setzen uns auch zukünftig für eine **offene Einbürgerungspolitik** ein. Mehrstaatlichkeit muss hierbei selbstverständlich bleiben.

Dialog mit den Religionen

Wir sehen alle Religionen in unserem Land als gleichberechtigt an. Dennoch muss einiges getan werden, damit z.B. Muslime rechtlich und politisch besser integriert und beidseitig vorherrschende Vorurteile und Ängste abgebaut werden. In Bayern werden wir den Modellversuch zum staatlichen **Islamunterricht** in ein flächendeckendes und dauerhaftes Angebot überführen. Von allen Religionsgemeinschaften und Verbänden erwarten wir ein klares Bekenntnis zum Grundgesetz.

4.2 Unsere Zukunft in einem demokratischen und sozialen Europa

Unsere Zukunft liegt in Europa. Für uns GRÜNEN ist klar: Nur durch mehr Zusammenarbeit über die Grenzen der Nationalstaaten hinweg lassen sich die aktuellen und kommenden Aufgaben lösen. **Wir brauchen Europa und Europa braucht uns**.

Europa steht vor großen Herausforderungen: Im Inneren durch den Brexit und die immer noch andauernde Finanzkrise, durch Populismus und Nationalismus. Von außen durch die Erdogan-Türkei, wo Menschenrechte mit Füßen getreten werden, die Großmachtpolitik Putin-Russlands, den Krieg in Syrien oder die Trump-Administration, die sich dem Klimaschutz verschließt und zurück zum Protektionismus will. Die **Europäische Einigung steht für Frieden, multilaterale Zusammenarbeit und gesellschaftliche Integration**. Sie ist der Gegenentwurf zu einer Welt der nationalstaatlichen Abschottung und Aggression, die den Anforderungen der Welt des 21. Jahrhunderts nicht gerecht werden kann.

Wir GRÜNEN werden die Errungenschaften der europäischen Integration auch weiterhin mit Herzblut verteidigen und uns dafür einsetzen, dass die **Europäische Union demokratischer und sozialer** ausgestaltet wird. Mehr Offenheit, mehr Transparenz, mehr Beteiligung und weniger Hinterzimmer – nur so wird die EU nicht nur einen Platz in den Köpfen, sondern auch in den Herzen der Menschen

finden.

Ein starkes, föderales Europa braucht starke Regionen und europäische Solidarität. **Offene Binnengrenzen ohne Schlagbäume und Grenzkontrollen** gehören ebenso zum unverzichtbaren Kern wie sozialer Ausgleich und der Binnenmarkt. **Grenzkontrollen zu Österreich** durch die bayerische Landespolizei werden wir umgehend **beenden**. Eine bayerische Grenzpolizei lehnen wir ab.

Bayern liegt im Herzen Europas und hat ein vitales Interesse an einem starken Europa: als Land, das viele zivilgesellschaftliche und kulturelle Beziehungen zu seinen Nachbarn pflegt, als Wirtschaftsstandort, der vom Export seiner Güter lebt, als Heimat von Menschen mit unterschiedlichen sozialen, kulturellen und religiösen Hintergründen. Wir GRÜNEN sorgen dafür, dass Bayern wieder zum **Motor der europäischen Integration** wird, statt ein Bremsklotz zu bleiben, der die weitere Einigung hintertreibt und mit Europafeinden wie Orban paktiert.

Wir GRÜNEN bauen **Brücken zu unseren europäischen Nachbarn**. Die Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinweg pflegen wir intensiv durch zivilgesellschaftliche Bündnisse, kommunale Partnerschaften und parlamentarische Kooperationen. Wir werden deshalb die europäischen Jugend- und Austauschprogramme weiter ausbauen und die Arbeit der EUREGIOS in den Grenzregionen zu Österreich, Tschechien und der Schweiz stärker unterstützen.

Fairer Handel hier und überall

Mit fairen, gerechten und ökologisch nachhaltigen Handelsbeziehungen können wir globale Armut abbauen und eine weltweit nachhaltige und friedvolle Entwicklung ermöglichen. Wir setzen uns **für Qualität und gerechte globale Strukturen** ein, nicht zuletzt in der Landwirtschaft. Dabei fangen wir vor unserer eigenen Haustüre an. Wir verankern **faire undnachhaltige Beschaffung** in einem Landesgesetz.

Mit uns GRÜNEN wird es keine Handelsabkommen geben, die menschenrechtliche, soziale oder ökologische Standards abbauen, die Rechte von Arbeitnehmer*innen und den Schutz der Verbraucher*innen gefährden oder Sonderklagerechte für Konzerne beinhalten. **Deswegen lehnen wir CETA, TTIP, TiSA und Co. in der vorliegenden Form ab.**